

Strukturwandel im Oberschlesischen Industriegebiet und seinen Randgebieten

von
Manfred Pawlitta

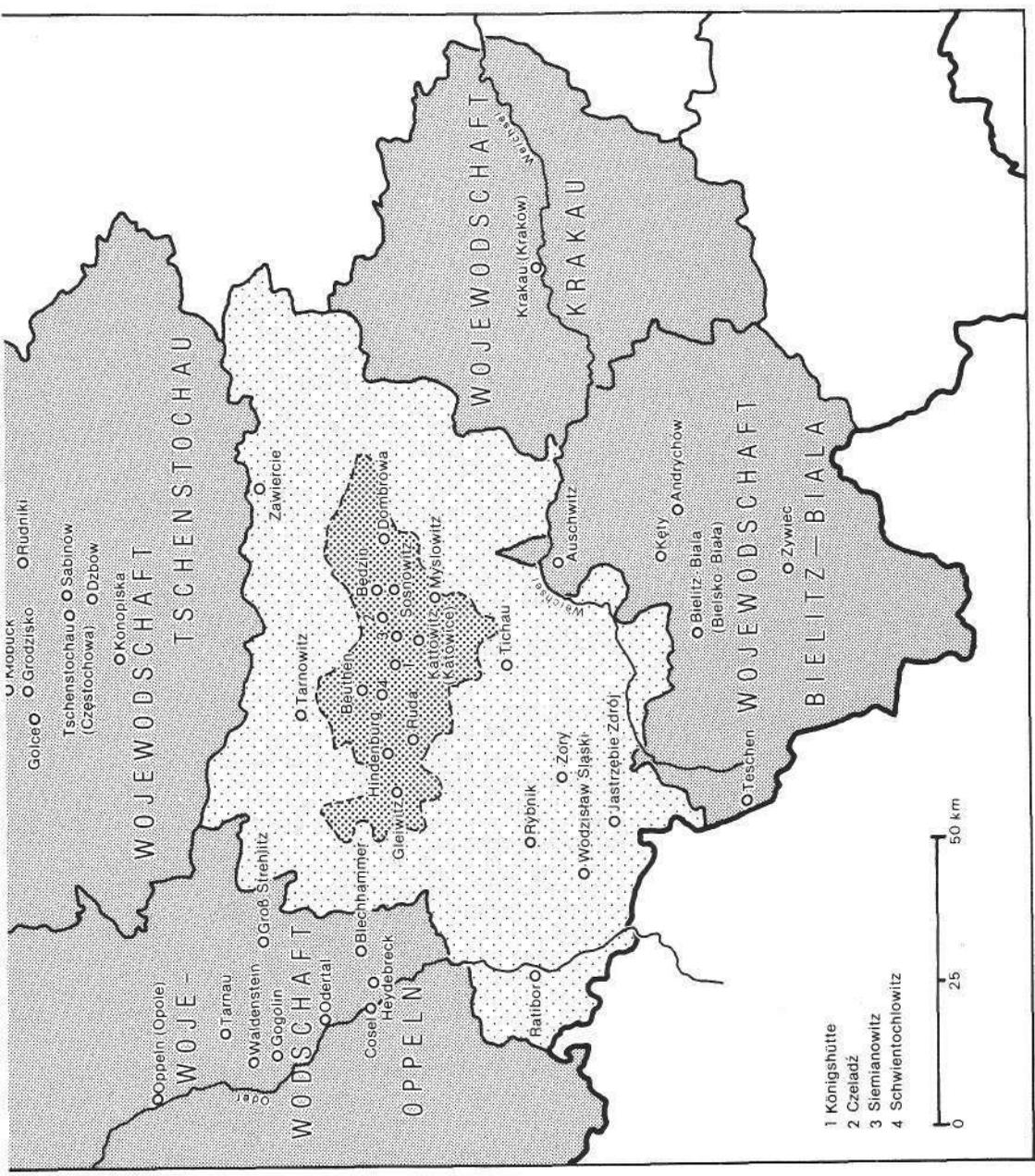
1. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Das Oberschlesische Industriegebiet, das älteste Industrieviertel des europäischen Kontinents, war schon wiederholt Untersuchungsobjekt wirtschaftsgeographischer Forschung. Der Industrialisierungsprozeß und seine jeweiligen Entwicklungsphasen sind hinreichend analysiert und interpretiert worden. Aus geographischer Sicht sind hier vor allem die Arbeiten von Peter-Heinz Seraphim¹ und Ekkehard Buchhofer² zu erwähnen. Im folgenden können wir uns deshalb bezüglich des Kernraumes der ober-schlesischen Agglomeration weitgehend auf den Strukturwandel der jüngsten Vergangenheit, konkret während der 70er und 80er Jahre, beschränken, darüber hinaus aber die Analyse auf die Entwicklung der Räume in seinen Randbezirken ausdehnen.

Unter dem Oberschlesischen Industriegebiet ist nachfolgend die Wojewodschaft Kattowitz (Katowice) in den Grenzen nach der Verwaltungsreform von 1975 gemeint. Da aber eine Analyse der größten polnischen Agglomeration ohne Berücksichtigung der Entwicklungsabläufe in den Nachbarregionen wegen der hohen Verflechtungsintensität unvollständig bliebe, wird die Untersuchung auf das Gebiet der „Makroregion Süd“ – die die Wojewodschaften Kattowitz, Tschenstochau (Częstochowa), Oppeln (Opole) und Bieltz-Biala (Bielsko-Biala) umfaßt – und das im Osten angrenzende Krakauer Industrieviertel ausgedehnt (vgl. Abb. 1 auf S. 227). Wie nachfolgend noch zu belegen sein wird, lassen sich viele Entwicklungsabläufe im Oberschlesischen Industriegebiet nur so sinnvoll erklären.

1) P.-H. Seraphim: Industriekombinat Oberschlesien. Das Ruhrgebiet des Ostens (Osteuropa und der deutsche Osten, Reihe III), Köln-Braunsfeld 1953.

2) E. Buchhofer: Kattowitz (Katowice). Die Metropole des ober-schlesischen Industriegebiets, in: Die Erde 104 (1973), H. 2, S. 132–156; ders.: Strukturprobleme des Oberschlesischen Industrieviertels (GOP), in: Geographische Rundschau 26 (1974), H. 12, S. 491–498 und 508; ders.: Strukturwandel des Oberschlesischen Industrieviertels unter den Bedingungen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung (Kieler Geographische Schriften, Bd. 46), Kiel 1976; ders.: Das Oberschlesische Industrieviertel (GOP), (Problemräume Europas, Bd. 7), Köln 1988; ders.: Strukturveränderungen im Oberschlesischen Industrieviertel im Zeichen der Wirtschaftskrise seit 1980, in: Agglomerationen in West und Ost (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, 16), Marburg/Lahn 1991, S. 47–64.



2. Das Oberschlesische Industriegebiet als Basis für die „Sozialistische Industrialisierung“ des Landes

Ohne das industrielle Potential des Oberschlesischen Industriegebietes wären die ehrgeizigen Entwicklungsprojekte der Volksrepublik Polen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu realisieren gewesen. War die Tatsache, daß in den ersten Nachkriegsjahren 1946–49 zwei Drittel der Investitionsmittel des sekundären Wirtschaftssektors nach Oberschlesien geflossen sind, noch damit zu begründen, daß während dieser Zeit die Forderung nach einer „gleichmäßigen Verteilung der Produktivkräfte“ offiziell noch nicht zum Leitmotiv der sozialistischen Standortpolitik ausgerufen worden war, so läßt sich der hohe Anteil des Oberschlesischen Industriegebietes in den folgenden Jahren nicht mehr als unplanmäßig rechtfertigen. In den 50er Jahren war es auch kein Versehen, daß immer noch fast die Hälfte der Investitionsmittel für die Entwicklung der ober-schlesischen Montanwirtschaft bestimmt war. Die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker wußten, daß eine rasche ökonomische Entwicklung Polens nur durch die maximale Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten der ober-schlesischen Industriebetriebe möglich war. Nur auf diesem Wege war ein reales Wirtschaftswachstum von über 10 v.H. jährlich zu erreichen. Während der ersten zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg herrschten extensive Formen des Wirtschaftswachstums vor, d. h. Produktionssteigerungen wurden vorwiegend durch Erhöhung der Beschäftigtenzahl verwirklicht. Eine starke Bevölkerungszunahme im Industrieviertel selbst bzw. in dessen Einzugsbereich war die Folge. Die bis Ende der 70er Jahre anhaltende Hochkonjunktur bewirkte, daß das verantwortliche Wirtschaftsmanagement sowohl auf dem regionalen Arbeitsmarkt als auch bei der Suche nach neuen Standorten für die notwendigen Erweiterungsinvestitionen auf unüberwindbare Grenzen gestoßen war. Ein Ausgreifen der Industrieagglomeration auf die benachbarten Räume ließ sich nicht verhindern.

3. Die räumliche Ausdehnung der Industrieagglomeration und die Entstehung einer Industrielandschaft zwischen der oberen Oder und der oberen Weichsel

Im näheren und weiteren Einzugsbereich des Oberschlesischen Industrieviertels waren bereits vor 1945 einige Industriebetriebe lokalisiert. So war z. B. die Textil- und Maschinenbauindustrie in der Stadt Bielitz südlich des Reviers schon Ende des 19. Jahrhunderts bedeutsam. Im Norden und Osten der alten Reichsgrenze von 1914 dominierten zur gleichen Zeit Betriebe des Montanbereichs. Sie waren somit artverwandt mit den Industrierwerken im Kernraum der ober-schlesischen Agglomeration. Im Westen waren die Städte Oppeln (Opole), Blechhammer (Blachownia), Cosel (Kozle) und Heydebreck (Kędzierzyn) als Industrieorte bekannt, die drei zuletzt genannten erst auf Grund der während des Zweiten Weltkrieges im Hinblick auf den Kriegsbedarf ent-

standenen neuen Werke der chemischen Industrie. Insgesamt betrachtet war dennoch die industrielle Überformung an der Peripherie Oberschlesiens bis 1945 nur punktuell.

Eine neue Entwicklung setzte zu Beginn der Sechsjahrplanperiode (1950–1955) ein, als die industrielle Standortpolitik dieses Zeitabschnittes deglomerative Maßnahmen eindeutig favorisierte. Obwohl es in den folgenden Jahren im Bereich der Standortpolitik zahlreiche Kurswechsel gab³, kam es zwischen der oberen Weichsel und der oberen Oder zu einer derartigen Verdichtung von Industriestandorten, daß polnische Raumwissenschaftler bereits gegenwärtig von einer einheitlichen Industrielandschaft zwischen den Städten Oppeln, Tschenstochau, Krakau und Bielitz-Biala sprechen (vgl. Abb. 1 auf S. 227).

Die räumliche Konzentration industrieller Produktionskapazitäten im Oberschlesischen Industriegebiet und um dieses herum war weder geplant noch gewollt. Verantwortlich für die Entstehung der gegenwärtigen Raumstruktur waren während der Nachkriegsperiode drei Ursachenkomplexe. Alle drei sollen nachfolgend an konkreten Beispielen erläutert werden.

3.1. Beispiele ideologisch motivierter Standortentscheidungen industrieller Großprojekte in den Randbezirken des Oberschlesischen Industriereviers

3.1.1. Die Lenin-Hütte in Krakau-Nowa Huta

Die Standortentscheidung für das bis Ende der 70er Jahre größte polnische Eisenhüttenkombinat erfolgte in einer Zeit, in der das Postulat „gleichmäßige Verteilung der Produktivkräfte im Lande“ eindeutig an der Spitze der Auswahlkriterien stand. Dieser „sozialistische Standortgrundsatz“ in Verbindung mit dem Bestreben, in den größten Städten des Landes die staatstragende Arbeiterklasse gegenüber der vermeintlichen Opposition (Bürgertum und katholische Kirche) zu stärken, führte schließlich zu der eindeutig ideologisch motivierten Entscheidung, das „Nowa Huta-Projekt“ (die spätere Huta im Lenina), die größte industrielle Investition des Sechsjahrplans, in die ehemalige polnische Hauptstadt und das wichtigste Kultur- und Wissenschaftszentrum des Landes zu vergeben. Gegenwärtig kann festgestellt werden, daß dieses Ziel voll realisiert werden konnte. Die Stadt Krakau ist heute eine Industriestadt, in der die Arbeiterklasse eindeutig die Mehrheit stellt. Andererseits verdeutlichen die Umweltschäden, insbesondere an der historisch wertvollen Bausubstanz der Stadt, daß dieses Vorhaben teuer erkaufte werden mußte. Kritik, bis hin zur Forderung nach Stilllegung der „Dreckschleuder“ Lenin-Hütte⁴, wird in den letzten Jahren immer lauter. Wie unbeliebt das Eisenhütten-

3) Ders: Strukturwandel.

4) Im Jahr 1990 wurde die Hütte umbenannt. Sie heißt heute „Tadeusz-Sedzimir-Hütte“. Tadeusz Sedzimir war ein bedeutender polnischer Eisenhüttenfachmann der Zwischenkriegszeit.

kombinat in der Stadt nach wie vor ist, mag die Tatsache verdeutlichen, daß Ende 1989 während der Diskussion um die Namensänderung der Lenin-Hütte sich die Mehrheit der Bevölkerung der Stadt gegen die Umbenennung in Krakau-Hütte aussprach.

3.1.2. Die Częstochowa-Hütte⁵ in Tschenstochau

Die Entscheidung zum Bau der vormals zweitgrößten polnischen Eisenhütte in der „kirchlichen Hauptstadt“ Polens fiel im Jahre 1949. Ausgangsbedingungen und Motive waren gleich bzw. ähnlich wie beim „Nowa Huta-Projekt“. Die Nähe der einheimischen Eisenerzlagerstätten sowie die Eisenhütten-tradition in der Stadt – die Handtke-Hütte ist dort um die Jahrhundertwende errichtet worden – wurden hier als zusätzliche Kriterien für die Standortwahl genannt. Ein weiteres und für viele polnische Autoren das entscheidende Motiv war die Absicht, durch die Errichtung einer „sozialistischen Stadt“ das Image Tschenstochaus zu ändern. Aus der „gelben Stadt“ (kirchliche Farben) sollte die „rote Industrie- und Arbeiterstadt“ werden⁶. Dieses Ziel konnte bis heute nicht verwirklicht werden, im Gegenteil, die Stadt Tschenstochau hat ihr traditionell kirchlich geprägtes Image noch verstärken können. Während der letzten Jahre sind die kirchlichen Wallfahrtsveranstaltungen immer häufiger mit politischen Kundgebungen verknüpft worden.

3.2. Beispiele ökonomisch geleiteter Standortentscheidungen industrieller Großprojekte innerhalb der „Makroregion Süd“

3.2.1. Die Katowice-Hütte in Dombrowa

Als ein eindeutiges Signal für den Kurswechsel im Bereich der industriellen Standortpolitik kann die Entscheidung für die Errichtung der Hütte Katowice (Huta Katowice) gewertet werden. Die Standortwahl im Oberschlesischen Industriegebiet – die Stadt Dombrowa (Dąbrowa Górnicza) liegt noch innerhalb des engeren Industriereviers – kam im Januar 1972 für viele überraschend, zumal Ende der 60er Jahre der alte Grundsatz „gleichmäßige Verteilung der Produktivkräfte“ noch einmal bekräftigt wurde. Bei der Begründung der Standortentscheidung wurden ausschließlich ökonomische Kriterien genannt. Die gesamte Palette der Führungsvorteile wurde positiv erwähnt, während andererseits auf die höheren Produktions- und Distributionskosten in den alternativen Standorten an der Ostseeküste und an der sowjetischen Grenze hinge-

5) Noch bis zum Sommer 1989 hieß das Eisenhüttenkombinat Bierut-Hütte (Huta im. B. Bieruta).

6) A. Czechowicz: Budujemy Nową Hutę Częstochowa [Wir bauen die neue Częstochowa-Hütte], in: Wiadomości hutnicze, Nr. 5/1951; M. Wawrzyniak: Barwy częstochowskiej huty [Die Farben der Częstochowa-Hütte], in: Głos pracy, Nr. 173 vom 22. 7. 1958.

wiesen wurde. Die Probleme der weiteren Verdichtung im Kern der Industrieballung und die damit in Zusammenhang stehenden Gefahren einer zusätzlichen Umweltbelastung versuchte man mit dem Hinweis auf die neue Gesamtkonzeption in der eisenschaffenden Industrie herunterzuspielen.

In der „Gesamtkonzeption“ war nämlich vorgesehen, daß nach der Inbetriebnahme der neuen Produktionsanlagen in der Hütte Katowice die alten, meist noch aus der Vorkriegszeit stammenden Anlagen der Hüttenwerke im Zentrum des Reviers nach und nach stillgelegt werden sollten. Dabei dachte man vor allem an die die Umwelt stark belastenden Hochofenabteilungen der ältesten Hütten. Die so gewonnenen Freiflächen sollten anschließend für den Ausbau der weniger emmissionsträchtigen Weiterverarbeitungsabteilungen verwendet werden. Da die neuen Produktionsanlagen in der „Huta Katowice“ fast ausschließlich von westeuropäischen Firmen geliefert wurden, glaubte man die Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf den neuesten Stand der Technologie, vor allem die Investitionen im Bereich des Umweltschutzes, beruhigen zu können. Daß die Realität fast zwei Jahrzehnte nach der Standortentscheidung anders aussieht als ursprünglich geplant, wird zwar heute immer wieder beklagt; an der mittlerweile katastrophalen Lage hinsichtlich der Umweltbelastung im Kernraum der Agglomeration änderte sich aber bisher nur wenig⁷, obwohl die Produktionszahlen sowohl bei Eisen als auch Stahl in den 80er Jahren gegenüber der 2. Hälfte der 70er Jahre zum Teil erheblich zurückgegangen sind (vgl. Tab. 6 auf S. 242).

Die hohen Erwartungen bezüglich einer geringer werdenden Umweltbelastung erfüllten sich selbst in der Nähe des Standortes der Hütte Katowice bisher noch nicht. Im Gegenteil, im Nationalpark von Ojców, der nur wenige Kilometer nordöstlich des Hüttengeländes beginnt, hat sich der Umfang der Umweltschäden in den letzten Jahren erheblich gesteigert.

Hoffnungsvoll stimmen vorerst nur der im Jahre 1989 endlich begonnene Abbruch alter Produktionsanlagen in den Hochofenabteilungen der Hütten im Zentrum des Reviers, so beispielsweise der Hochöfen A, B und C in der Kościuszko-Hütte (früher Königshütte) in Königshütte (Chorzów) bzw. der alten Hochöfen in der Bobrek-Hütte (früher Julienhütte) in Beuthen (Bytom), sowie die Änderung des Produktionsprofils in der Zygmunt-Hütte (früher Hubertushütte) in Beuthen. Ob diese Demontagen bzw. Modernisierungen allerdings als Indiz für die seit geraumer Zeit erwartete Wende angesehen werden können, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht mit Sicherheit voraussagen.

7) L. Pakuła, M. Pawlitta: Umweltzerstörung im Oberschlesischen Industriegebiet, in: *Geographie heute*, H. 69, April 1989, S. 22–33.

3.2.2. Das Automobilwerk „FSM“ (Fiat Polski) in Bielitz-Biala und Tichau

Gleichzeitig mit der Standortentscheidung für die „Huta Katowice“ wurde auf dem VI. Parteitag der inzwischen aufgelösten Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) im Januar 1972 der Beschluß gefaßt, ein aus mehreren Betrieben bestehendes Automobilunternehmen zur Produktion von PKWs zu errichten. In zehn Einzelbetrieben, von denen die meisten in der Nähe der Stadt Bielitz-Biala liegen, sollte die Produktion von Autoteilen bzw. die Montage der PKWs erfolgen. Lediglich das große Montagewerk in der Nähe von Tichau (Tychy) wurde völlig neu gebaut. Das zweite Montagewerk in Bielitz-Biala basierte auf den ehemaligen Anlagen des Motorradwerkes „WSM“. Auch in den übrigen acht Zulieferbetrieben wurde nur die Produktionsrichtung umgestellt. Neben dem Hauptendprodukt „Fiat 126p“ wurden dort in den ersten Jahren nach der Inbetriebnahme der Anlagen auch die PKW-Marke „Syrena 105“ und andere Spezialfahrzeuge hergestellt⁸. Durch diese Großinvestition, deren Standortvergabe mit den Fühlungsvorteilen zu den nahegelegenen Montanwerken im Zentrum des Reviers begründet wurde, hat sich das industrielle Produktionsprofil im südlichsten Teilraum der „Makroregion Süd“ entscheidend gewandelt.

3.3. Beispiele rohstoffbedingter Standortentscheidungen für Bergwerks- bzw. Industriebetriebe

3.3.1. Entwicklung des Rybniker Steinkohlereviers

Beispiele für sogenannte „lagegebundene Standorte“ finden wir im südwestlich vom Oberschlesischen Industriegebiet liegenden Rybniker Steinkohlerevier. Den Flözen der „Randgruppe“ des ober-schlesischen Oberkarbons folgend, wurde im Einzugsbereich der Stadt Rybnik bereits in den 60er Jahren mit der Abteufung neuer Förderschächte begonnen. Die Fettkohle dieser „Randgruppe“ zeichnet sich durch hohe Backfähigkeit aus und war auf Grund des ständig steigenden Bedarfs der polnischen Eisenhüttenindustrie nach Koks sehr begehrt. Auch als „Devisenbringer“ standen die verkockbaren Steinkohlenvorräte des Rybniker Reviers hoch im Kurs. Die explosionsartige Steigerung der Bevölkerungszahlen in den vier wichtigsten Städten dieser Region während der 70er Jahre, die das höchste Bevölkerungswachstum in Städten der gesamten „Makroregion Süd“ repräsentieren, zeugt von der Dynamik der hier erzielten Produktionssteigerung im Steinkohlenbergbau (vgl. Tab. 1 auf S. 227)⁹.

8) M. Syrek: Przemysł regionu katowickiego w latach 1945–1974 [Die Industrie der Region Kattowitz in den Jahren 1945–1974], Katowice 1976, S. 208ff.

9) L. Pakuła: Probleme der Anthropopression im Oberschlesischen Industriebezirk unter dem Einfluß des Steinkohlenbergbaus, in: Die gegenwärtigen Funktionsprobleme der ökonomischen Strukturen der Oberschlesischen Ballung und des Ballungsgebietes von Dresden. Materialien für die Tagung der Forschungsgruppen von

Tabelle 1: Bevölkerungswachstum in den vier wichtigsten Städten des Rybniker Steinkohlereviers von 1966 bis 1988

Stadt	Bevölkerungszahl in Tausend (Stand 1. Januar)				
	1966	1971	1976	1981	1988
Rybnik	38,2	43,7	103,0	122,7	141,0
Loslau (Wodzisław Śląski)	16,9	25,7	101,9	105,5	111,5
Jastrzemb (Jastrzębie-Zdrój)	8,9	24,5	90,9	98,5	102,2
Sohrau (Żory)	7,5	8,7	23,2	47,5	65,3

Quellen: Rocznik statystyczny 1977, S. 27f.; Rocznik statystyczny 1988, S. 47.

Andererseits verdeutlicht diese Entwicklung darüber hinaus, daß auch noch während der 70er Jahre die Steigerung der Fördermengen im Steinkohlenbergbau hauptsächlich auf extensivem Wege durch Erhöhung der Beschäftigtenzahlen erfolgte. Die Substitution der menschlichen Arbeitskraft durch den Einsatz moderner Technik und damit die Automatisierung des Steinkohlenabbaus ist bis heute weder im Zentrum des Oberschlesischen Industriegebietes noch im Rybniker Revier verbreitet. Im gesamten Rybniker Steinkohlerevier wurden seit 1970 u. a. acht neue Steinkohlegruben und ein großes Kohlekraftwerk in Betrieb genommen.

Die verhältnismäßig geringe Bevölkerungssteigerung in den 80er Jahren, mit Ausnahme von Sohrau, ist vor allem auf das drastisch zurückgehende Investitionsvolumen im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus zurückzuführen. Diese Politik hatte eine Erhöhung der Pendlerzahlen zur Folge, nachdem sich die Wartezeit bei der Wohnungszuweisung in den Städten ständig verlängert hatte. Zahlreiche Bergarbeiter aus den ländlichen Gebieten sahen sich angesichts dieser Situation veranlaßt, in ihren Heimatdörfern Eigenheime zu errichten. Da die Bergleute zu den Spitzenverdienern in Polen zählen und darüber hinaus auch noch über andere Privilegien verfügen, waren gerade sie am ehesten dazu in der Lage.

Um den Arbeitskräftebedarf des Rybniker Steinkohlereviers zu decken, werden gegenwärtig bergwerkseigene Pendlerbusse verstärkt eingesetzt. Sie

ökonomischen Geographen aus den Pädagogischen Hochschulen von Kraków und Dresden, 27.–29. November 1988, Kraków 1988, S. 5–20; J. Rajman: Die territoriale Entwicklung der Städte im Oberschlesischen Industriebezirk, in: Die gegenwärtigen Funktionierungsprobleme (wie vorstehend), S. 21–34. – Für das Zahlenmaterial des Aufsatzes wurden folgende statistische Jahrbücher herangezogen: Rocznik statystyczny [Statistisches Jahrbuch], verschiedene Jahrgänge, Mały rocznik statystyczny [Kleines statistisches Jahrbuch] 1989, Rocznik statystyczny województwa [Statistisches Jahrbuch der Wojewodschaften] 1988, Rocznik statystyczny miast [Statistisches Jahrbuch der Städte] 1985, alle vom Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt], Warszawa, herausgegeben; daneben die statistischen Jahrbücher für die einzelnen Wojewodschaften (Rocznik statystyczny województwa ...) Bielsko-Biała, Częstochowa, Katowice und Opole, verschiedene Jahrgänge, herausgegeben vom jeweiligen Wojewódzki Urząd Statystyczny [Statistisches Wojewodschaftsamt].

erschließen im Südwesten der Wojewodschaft Kattowitz sowie über die Wojewodschaftsgrenzen hinweg einen weiträumigen Einzugsbereich. So gesehen, hat sich die Beschäftigtenstruktur auch der ländlichen Gebiete um das neue Steinkohlerevier in den 70er und 80er Jahren erheblich gewandelt.

3.3.2. Ausbau der Zement- und Kalksteinverarbeitungsindustrie an der oberen Oder sowie im Tschenstochauer Industrierevier

Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts wird in der Stadt Oppeln Portlandzement hergestellt. Standortbestimmend für die Zementindustrie waren die Kreidemergel am Ostufer der Oder. Es handelt sich hier um die am weitesten nach Westen reichenden Ausläufer der „Schlesisch-kleinpolnischen Hochfläche“ mit ihren flachlagernden Schichten aus dem Mesozoikum. Auf der Grundlage des gleichen Ausgangsmaterials wurden in der Nähe weitere Zementwerke und Kalksteinverarbeitungsbetriebe errichtet. Die größten Zementfabriken sind in den 70er Jahren in Waldenstein/Goradze (Góraźdze) und Groß Strehlitz (Strzelce Opolskie) entstanden. In den beiden zuletzt genannten Orten finden wir auch die bedeutendsten Betriebe der Kalksteinverarbeitungsindustrie, darüber hinaus aber auch noch in den Orten Gogolin und Tarnau (Tarnów Opolski). Sowohl die Zement- als auch die Kalksteinverarbeitungsindustrie dieser Region zählen durch die Investitionen der 70er Jahre zu den wichtigsten in Polen. Aus der Wojewodschaft Oppeln stammt mehr als ein Viertel der jeweiligen Produktion dieser Industriezweige (vgl. Abb. 1 auf S. 227).

Auch nördlich des Oberschlesischen Industriegebietes im Ort Rudniki bei Tschenstochau (Częstochowa) im Bereich des Krakau-Tschenstochauer Jura entstand, unter ähnlichen standortmäßigen Bedingungen wie in der Region Oppeln, ein großes Zement- und Kalksteinverarbeitungs kombinat mit einer Kapazität von 1,3 Mio. t Zement jährlich. Der relativ starke Ausbau der Kapazitäten im Bereich der Baumaterialienindustrie innerhalb der Makroregion Süd wurde mit dem Hinweis auf den großen Bedarf, vor allem während der 70er Jahre, begründet.

3.3.3. Erweiterung des Eisenerzbergbaus im Tschenstochauer Industrierevier

Als ein weiteres Beispiel für rohstoffabhängige Standortentscheidung im Einzugsbereich der ober-schlesischen Agglomeration kann der Ausbau des Eisenerzbergbaus in der Region Tschenstochau herangezogen werden. Er basiert auf überwiegend aus lettigen Sideriten bestehenden Vorkommen, deren Fe-Gehalt zwischen 26–38 v. H. liegt. Selten findet man hier auch Brauneisenerze, die bis zu 45 v. H. Fe-Gehalt aufweisen¹⁰. Auf Grund der minderwertigen

10) B. Rychłowski: Województwo katowickie. Zarys geograficzno-ekonomiczny [Die Wojewodschaft Kattowitz. Ein wirtschaftsgeographischer Abriß], Warszawa 1967, S. 181 ff.

Erze sowie der relativ schlechten Abbaubedingungen war der Eisenerzbergbau dieser Region, wie übrigens aller anderen polnischen Abbaugebiete auch, von Anfang an auf erhebliche Subventionen angewiesen. Die zu Beginn des Sechsjahrplans getroffene Entscheidung, die einheimische Eisenerzbasis „um jeden Preis“ auszubauen, kann nur mit der damals stark auf Autarkie ausgerichteten Wirtschaftspolitik erklärt werden.

Nach dem „Polnischen Oktober“ im Jahre 1956 wurden viele kritische Stimmen laut, die die Einstellung der Investitionstätigkeit im Eisenerzbergbau um Tschestochau forderten. Gegen jede wirtschaftliche Vernunft wurde gegen Ende der 50er Jahre die Bereitschaft zum weiteren Ausbau der heimischen Eisenerzbasis noch einmal ausdrücklich hervorgehoben. Erst im dritten Fünfjahrplan (1966–1970) waren für den Neubau von Eisenerzbergwerken keine Investitionsmittel mehr vorgesehen. Seit Beginn der 70er Jahre wurde mit der Stilllegung der ältesten Eisenerzbergwerke begonnen. Auf den Wandel seit 1975 wird nachfolgend noch einzugehen sein.

3.4. Ausbau bestehender Industriestandorte sowie die negativen Folgen der räumlichen Ausdehnung der Industrieballung

Wie bereits angedeutet, entwickelte sich verstärkt während des Zweiten Weltkrieges im Abschnitt der oberen Oder zwischen den Orten Odertal/Deschowitz (Zdzieszowice), Cosel, Heydebreck/Kandrzin und Blechhammer ein weiterer industrieller Schwerpunkt. Hier wurden in neuerrichteten Werken zahlreiche auf den Kriegsbedarf abgestimmte Produkte der chemischen Industrie hergestellt. Die spektakulärste Investition war zweifellos das Kohlehydrierwerk in Heydebreck. Gegen Ende des Krieges wurden diese Industriebetriebe stark zerstört, in den ersten Jahren nach 1945 aber wiederaufgebaut und z. T. kapazitätsmäßig erheblich erweitert. Gegenwärtig tragen neben den koksochemischen Werken in Odertal insbesondere die Stickstoffwerke, das petrochemische Kombinat, die Zellulosefabrik, ein großes Kraftwerk und weitere Chemiebetriebe am Gleiwitzer Kanal (Kanał Gliwicki) zwischen Cosel und Blechhammer zu erheblicher Umweltbelastung bei. Außer den genannten Industriebetrieben zählen zu den bedeutendsten neuen Investitionen in dieser Region das neue Walzwerk in Malapane (Ozimek), die Gasrohrzieherei in Andreashütte (Zawadzkie) sowie das große Kohlekraftwerk in Oppeln (vgl. Abb. 1).

Die vorausgegangenen Ausführungen haben gezeigt, daß die Verdichtung der industriellen Standorte um das Oberschlesische Zentralrevier während der gesamten Nachkriegsperiode erfolgte. Die konkreten Beispiele verdeutlichen, daß dies aus unterschiedlichen Motiven geschah. Von den für Wirtschaftspolitik und Raumplanung Verantwortlichen sicherlich nicht beabsichtigt, entstand so im Laufe der Jahrzehnte eine Industrielandschaft, deren räumliche

Geschlossenheit gegenwärtig zwar noch nicht konstatiert, aber – die Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik vorausgesetzt – für die nahe Zukunft vorausgesagt werden kann.

Infolge der oben dargestellten Entwicklungsabläufe registriert man, vor allem im Kern des Oberschlesischen Industriegebietes, außer den mikroökonomisch wirksamen Kostenersparnissen, zahlreiche makroökonomisch belastend wirkende Begleiterscheinungen. Neben der räumlichen Enge im Zentrum des Industriereviere, die eine Kapazitätserweiterung in den meisten Industriebetrieben verhindert, ist vor allem die Tatsache beklagenswert, daß durch das Ausufern über den bisherigen Kernraum hinaus die früher als ökologische Ausgleichsräume dienenden Areale immer häufiger in die industrielle bzw. kommunale Bebauung einbezogen werden.

Durch die steigende Ansiedlung neuer umweltbelastender Industriebetriebe im weiteren Einzugsbereich des Oberschlesischen Industriereviere hat sich der Prozeß der gegenseitigen Luftschadstoffbelastung verstärkt. Auf Grund der Tatsache, daß die Produktionssteigerung – zumindest während der ersten Phase der „Sozialistischen Industrialisierung“ – hauptsächlich auf extensivem Wege, das heißt durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze, verwirklicht wurde, überrascht es nicht, daß in der gesamten Wojewodschaft Kattowitz (in den Grenzen bis 1975) zwischen 1950 und 1974 die Industriebeschäftigtenzahl im vergesellschafteten Sektor von 621 000 auf 891 400, also um 43 v. H., gestiegen ist¹¹.

Der Wohnungsmarkt konnte dem enormen Druck durch die neuangeworbenen Arbeitskräfte nicht standhalten. Trotz zahlreicher Neubausiedlungen, die vor allem an der Peripherie der Industrieagglomeration gebaut wurden, verlängerten sich die Wartezeiten bei der Zuweisung neuer Wohnungen immer mehr. Die wenigen „Reserveflächen“, so z. B. das Areal zwischen Königshütte (Chorzów) und Kattowitz (Katowice) außerhalb des Kultur- und Erholungsparks (hier entstand in den 60er Jahren die Siedlung „Tysiąclecia“ [Millennium]), wurden frühzeitig bebaut, und auch der ursprünglich nach dem Konzept „Sozialistische Stadt“ errichtete Ort Neu-Tichau (Nowe Tychy), der lediglich als „Schlafstadt“ für das Oberschlesische Industriegebiet dienen sollte, konnte die erwartete Entlastung auf dem Wohnungsmarkt nicht bringen.

Seit Ende der 70er Jahre stagniert die Industriebeschäftigtenzahl im Kerngebiet der Agglomeration (vgl. Tab. 7 auf S. 243). Da aber gleichzeitig die Investitionen im Wohnungsbau seit Anfang der 80er Jahre drastisch zurückgegangen sind und zusätzlich – verursacht durch die Zunahme der Bergschäden – der Abriß im alten Wohnungsbestand zugenommen hat, hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt eher noch verschärft.

Die größten Folgekosten auf Grund schädigender Wirkung der industriellen Expansion sind im Bereich der Umweltbelastung zu beklagen. Luft, Wasser

11) Syrek (wie Anm. 8), S. 107.

und Boden sind insbesondere im Zentrum des Ballungsgebietes inzwischen so weit degradiert, daß die Gesundheit der dort lebenden über 3 Millionen Menschen in ernsthafter Gefahr ist. In den letzten Jahren sind zahlreiche Berichte über den Stand der Umweltzerstörung in Polen und speziell im Oberschlesischen Industriegebiet veröffentlicht worden¹², so daß an dieser Stelle lediglich der Eindruck des Berichterstatters von der 1989 abgehaltenen Konferenz der Kommission für Umweltfragen beim Wojewodschaftsrat in Kattowitz wiedergegeben werden soll, der die Hilflosigkeit der Verantwortlichen und Betroffenen widerspiegelt. In einem Artikel unter der Überschrift „Welchen Ausweg haben wir?“ stellt die Autorin resümierend fest, daß die Industrieregion mit dem Problem der Umweltzerstörung allein gelassen wurde, daß es z. Zt. an konkreten Sanierungsvorschlägen nicht mangelt und daß auch die Verantwortlichen sich für Sofortmaßnahmen einsetzen, daß andererseits aber die Mittel dafür fehlen. Der Schlußsatz: „Wir haben heute das Recht, ökologische Sicherheit zu verlangen“¹³, verdeutlicht, daß ein Ausweg bisher nicht gefunden wurde und daß für die nähere Zukunft mit Abhilfe nicht zu rechnen ist.

4. Der Strukturwandel in der Makroregion Süd ab Mitte der 70er Jahre

An drei regionalen Beispielen wird im folgenden Abschnitt versucht, die wichtigsten Veränderungen in der Industriestruktur der untersuchten Makroregion aufzuzeigen. Die beiden zuerst gewählten Beispiele außerhalb der Kernregion sollen deutlich machen, daß Änderungen im Produktionsprofil in der polnischen Volkswirtschaft grundsätzlich auch schon vor der Wende von 1989 möglich waren. Um so bedenklicher erscheinen dann die Ergebnisse des dritten Beispiels, in dem die Entwicklung der ober-schlesischen Wirtschaft im Kernraum der Agglomeration analysiert wird.

Als Indikator für den Strukturwandel wurde nachfolgend die Beschäftigtenzahl gewählt. Die Tatsache, daß die Industriebeschäftigten in der amtlichen polnischen Statistik lediglich in acht manchmal nicht sehr glücklich zusammengesetzten Gruppen aggregiert werden, erwies sich zwar teilweise als hinderlich, andererseits hätte es mit möglichen Alternativen noch größere Schwierigkeiten bei der Auswertung gegeben, so z. B. beim Vergleich der Bruttonproduktionswerte wegen der problematischen Preisfestsetzungspraxis bzw. der steigenden Inflationsrate während der 80er Jahre. Angesichts der bekannten Schwierigkeiten bei der Datenbeschaffung erschien die Wahl der Beschäftigtenzahlen zum Indikator des Strukturwandels noch als die beste Lösung.

12) Pakuła (wie Anm. 8); Pakuła/Pawlitta (wie Anm. 7); J. Matiakowska: Jakie mamy wyjście? [Welchen Ausweg haben wir?], in: *Tak i nie*, Nr. 3 (300) vom 20. 1. 1989.

13) Matiakowska, S. 3.

4.1. Wandel in der Tschenstochauer Industrieregion

Die Änderung des Produktionsprofils im Industriebezirk von Tschenstochau stellt bisher das bemerkenswerteste Beispiel dieser Art in Polen dar. Wie bereits oben angedeutet, wurden seit Beginn der 70er Jahre die Eisenerzgruben dieses Abbaugbietes stillgelegt. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre beschleunigte sich diese Entwicklung, so daß nachfolgend auch die Betriebe zur Anreicherung der minderwertigen Eisenerze aufgegeben werden mußten. In den Jahren 1983 und 1984 wurden dann schließlich die beiden letzten Gruben „XX-lecia PRL“ in Golce und „Wręzyca“ in Grodzisko geschlossen (vgl. Abb. 1 auf S. 227). Ende der 60er Jahre, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, förderten die insgesamt 21 Gruben mit 35 Förderschächten 2,7 Mio. t Eisenerz. Zu dieser Zeit waren dort 15000 Menschen beschäftigt. Nach Stilllegung der Bergwerke versuchte man die vorhandenen Produktionsanlagen anderweitig zu nutzen, um den bisher Beschäftigten andere Arbeitsplätze anzubieten. In den meisten Bergwerken bzw. Erzanreicherungsbetrieben ist es gut gelungen, wie die folgenden Beispiele verdeutlichen.

In ehemaligen Gruben bei Tschenstochau und Klobuck sowie in den Anreicherungsbetrieben in Dźbów, Sabinów und Konopiska werden gegenwärtig Stahlkonstruktionen, Teile für die Kraftfahrzeugindustrie und für Fördermaschinen im Steinkohlenbergbau sowie andere Metallzeugnisse hergestellt. Weitere Betriebe eröffneten Reparaturwerkstätten, in denen ganze Anlagen, wie z. B. im ehemaligen Bergwerk „Kuznica“ für den Kupfererzbergbau bei

Tabelle 2: Industriebeschäftigte der Wojewodschaft Tschenstochau (in Tausend)

Industriezweig	1970 in v. H.		1975 in v. H.		1977 in v. H.		1987 in v. H.	
Industrie insgesamt	98,2	100	110,2	100	111,5	100	83,7	100
darunter:								
Brennstoffindustrie und Energetik	2,8	2,9	3,3	3,0	3,3	2,9	1,4	1,7
Schwarzmetallurgie	21,7	22,1	18,5	16,8	15,6	14,0	12,0	14,3
Elektromaschinenbau	21,0	21,4	29,2	26,5	32,3	28,9	29,4	35,1
Chemische Industrie	2,2	2,3	3,9	3,6	4,0	3,6	2,2	2,7
Mineralindustrie	6,4	6,5	6,2	5,7	5,8	5,2	3,6	4,3
Holz- u. Papierindustrie	8,9	9,1	9,8	8,9	10,0	8,9	7,4	8,9
Leichtindustrie	25,2	26,6	28,3	25,6	27,6	24,8	18,9	22,6
Nahrungsmittelindustrie	4,8	4,9	5,7	5,2	5,3	4,8	2,8	3,3
übrige Zweige	4,1	4,2	5,2	4,7	7,7	6,9	6,0	7,1

Quellen: Rocznik statystyczny województwa częstochowskiego 1978, S. 88f.; Rocznik statystyczny województw 1988, S. 138f.

Lüben (Lubin) in Niederschlesien, repariert bzw. überholt werden. Karosserien für Nutzfahrzeuge, Bremszylinder für Eisenbahnwaggons, Wagenheber und Stahlrohre sind weitere Beispiele für die neue Produktionspalette in Gebäuden und Anlagen der ehemaligen Eisenerzbergwerke.

Versuche, moderne Betriebe aus dem Bereich Elektromaschinenbau in den alten Produktionsanlagen der Bergwerke zu etablieren, waren bisher nicht sehr erfolgreich, dennoch konnte dieser Industriezweig seine Mitte der 70er Jahre erlangte Spitzenposition gegen Ende der 80er Jahre weiter festigen (vgl. Tab. 2 auf S. 238). Ein Teil der freigewordenen Arbeitskräfte im Eisenerzbergbau wechselte in den Steinkohlenbergbau des Oberschlesischen Industriegebietes, der als einziger Industriezweig auch in den 80er Jahren einen Zuwachs an Arbeitskräften registrierte (vgl. Tab. 7 u. 8 auf S. 243 bzw. 244). Die Liquidierung des Eisenerzbergbaus im Tschenstochauer Industriebezirk hat die Beschäftigtenstruktur dieser Region erheblich verändert, wie die vorstehende Tabelle verdeutlicht. Ansonsten ist das Produktionsprofil im sekundären Wirtschaftssektor – wie Tab. 3 sichtbar macht – annähernd konstant geblieben.

Tabelle 3: Produktion ausgewählter Rohstoffe bzw. Industrieerzeugnisse in der Wojewodschaft Tschenstochau

Produktart	1970	1975	1977	Anteil an d. Landes- prod. 1977 in v. H.	1984	1987	Anteil an d. Landes- prod. 1987 in v. H.
Eisenerze in Mill t	2,2	1,9*	1,2**	92,0**	–	–	–
Koks in Mill t	1,4	2,1	2,2	10,9	1,8	1,7	10,9
Rohstahl in 1000 t	859,4	940,1	963,2	5,4	810,9	770,0	4,5
Walzwerker- zeugnisse in 1000 t	140,8	703,3	830,6	7,0	921,8	892,2	7,2
Wasch- und Schleudermas- chinen in 1000 Stück	146,3	245,3	248,8	39,3	280,9	390,4	50,1
Zement in Mill t	1,3	1,3	1,2	5,7	1,2	1,1	6,8
Papier in 1000 t	98,5	99,8	131,9	12,2	111,2	108,3	9,3

* Zahlen für 1971, ** Zahlen für 1974

Quellen: Rocznik statystyczny województwa częstochowskiego 1978, S. 86; Rocznik statystyczny województw 1985, S. 175 und 1988, S. 126; Rocznik statystyczny 1979, S. 137; Syrek, S. 23; Rocznik statystyczny województwa katowickiego 1972, S. 198.

4.2. Veränderungen in der Bielitz-Biala Industrieregion

Das Zentrum dieser Region bilden die beiden ehemals selbständigen Städte Bielitz (Bielsko) und Biala, die erst im Jahre 1951 administrativ zusammengelgt wurden. In beiden war seit über 150 Jahren die Textilindustrie vorherrschend. Auf die Textilindustrie und den Maschinenbau – hier wurden vor allem Maschinen für die Versorgung der lokalen Textilwerke hergestellt – entfielen bis Mitte der 60er Jahre ca. zwei Drittel aller Industriebeschäftigten der Region. Innerhalb des Textilsektors hat die dort ansässige Wollindustrie ihre herausragende Position im Lande bis in die Gegenwart behaupten können. Wie aus Tab. 5 (auf S. 241) hervorgeht, entfällt gegenwärtig fast ein Viertel der Landesproduktion auf dieses Gebiet. Trotz absolut sinkender Beschäftigtenzahlen ist Bielitz-Biala hinter Lodz (Łódź) nach wie vor das zweite Textilzentrum Polens.

Tabelle 4: Industriebeschäftigte der Wojewodschaft Bielitz-Biala (in Tausend)

Industriezweig	1972* in v. H.	1981 in v. H.	1984 in v. H.	1987 in v. H.
Industrie insgesamt	100	150,1	128,2	124,1
darunter:				
Brennstoffindustrie und Energetik	2,3	3,8	2,5	3,5
Schwarzmetallurgie	0,2	6,5	4,4	5,9
Elektromaschinenbau	41,1	59,6	39,7	49,9
Chemische Industrie	5,7	11,4	7,6	9,8
Mineralindustrie	0,6	2,1	1,4	1,4
Holz- u. Papierindustrie	1,8	8,0	5,3	6,7
Leichtindustrie	42,6	40,2	26,7	32,0
Nahrungsmittelindustrie	2,9	9,4	6,3	7,5
übrige Zweige	1,8	9,2	6,1	8,9

* Prozentanteile nur für die Stadt Bielitz-Biala, die 1972 noch zur Wojewodschaft Kattowitz gehörte (Syrek, S. 60f.)

Quellen: Rocznik statystyczny województwa bielskiego 1985, S. 218ff.; Rocznik statystyczny województw 1988, S. 138ff.

Erste Impulse für die Etablierung einer neuen Industriebranche kamen bereits im Jahre 1958, als man in der heutigen Wojewodschaftshauptstadt mit der Herstellung von Motoren für den PKW „Syrena“ begann. Nachdem im Jahre 1971 die Montage des Gesamtautomobils nach Bielitz-Biala verlegt worden war, waren die Weichen für eine spürbare Veränderung der Industriestruktur in der Stadt und damit auch in der gesamten Industrieregion endgültig gestellt. Zwei Jahre später folgte die Inbetriebnahme des Fließbandes für den in Lizenz gebauten „Polski Fiat 126p“. Ende der 80er Jahre kamen bereits

mehr als 20 Prozent der Jahresproduktion dieses Typs aus den Montagewerken der Stadt.

Tabelle 5: Produktion ausgewählter Industrieerzeugnisse in der Wojewodschaft Bieliz-Biala

Produktart	1975	1978	1980	1981	1984	1987	Anteil an der Landesprod. 1987 in v. H.
PKWs in 1000	52,8	56,0	63,9	41,9	51,7	62,5	21,3
Drehbänke in 1000 Megawatt	3,8	3,5	3,3	2,9	2,3	2,8	31,5
Woll- und wollähnl. Stoffe in 1000 km	32,7	31,3	30,1	24,5	23,1	22,1	22,2
Bier in 1000 hl	942,9	806,9	848,9	723,3	730,7	806,3	6,8

Quellen: Rocznik statystyczny województwa bielskiego 1985, S. 20 und S. 222; Rocznik statystyczny województw 1988, S. 125.

Der einmal eingeleitete Strukturwandel wirkte sich auch auf andere Industriebranchen stimulierend aus. Die Elektroindustrie und neue Werke der Metallverarbeitung boten zusätzliche Arbeitsplätze an und konnten damit die aus der Textilbranche ausscheidenden Arbeitskräfte aufnehmen. 50000 der gegenwärtig 125000 industriellen Arbeitsplätze der Region sind in der Wojewodschafshauptstadt konzentriert. Weitere wichtige Industriestandorte sind ferner in den Städten Auschwitz (Oświęcim) – Chemiekombinat mit fast 10000 Beschäftigten –, Teschen (Cieszyn), Andrychów und Kęty – Maschinenbau und Textilindustrie – sowie Saybusch (Żywiec) – große Brauerei mit dem besten polnischen Bier – zu finden. Ein weiteres Charakteristikum dieser Region ist der hohe Pendleranteil bei den Beschäftigten im vergesellschafteten Sektor. Mitte der 80er Jahre mußten 44 Prozent aller Beschäftigten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte pendeln¹⁴.

Durch die aufgezeigten Veränderungen hat sich die Branchenstruktur der Industrieregion Bieliz-Biala zugunsten moderner Verarbeitungsindustrien gewandelt, so daß hier gegenwärtig die günstigsten Voraussetzungen für ein dynamisches Wirtschaftswachstum innerhalb der gesamten Makroregion „Süd“ anzutreffen sind. Die in Tab. 4 (auf S. 240) zusammengefaßten Zahlen verdeutlichen diesen Prozeß aus zwei Gründen nur unzureichend. Erstens sind durch die Verwaltungsreform von 1975 direkte Vergleichszahlen für die Zeit davor praktisch nicht zugänglich, und zweitens wird die neue Automobilindustrie unter dem Industriezweig „Elektromaschinenbau“ zusammen mit dem

14) Z. Batorowicz, A. Suliborski: Geografia ekonomiczna Polski. Makroregiony gospodarczo-planistyczne [Wirtschaftsgeographie Polens. Wirtschaftsplanerische Makroregionen], 2. Aufl., Warszawa 1988, S. 218.

schrumpfenden Maschinenbausektor erfaßt, so daß sich hier die Expansions- bzw. Schrumpfungseffekte gegenseitig kompensieren. Insgesamt gesehen läßt sich aber die Dominanz des Zweiges „Elektromaschinenbau“ einerseits sowie die abnehmende Tendenz im Bereich der Textilindustrie – hier unter der Branche „Leichtindustrie“ subsumiert – andererseits deutlich ablesen. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt man bei der Analyse der in Tab. 5 (auf S. 241) enthaltenen Zahlen, die die Entwicklung der Produktionszahlen der wichtigsten Industrieerzeugnisse in der Wojewodschaft Bielitz-Biala widerspiegeln.

4.3. Wandel in der Beschäftigtenstruktur des Kernraumes des Oberschlesischen Industriegebietes

Wie die Zahlen in Tab. 6 verdeutlichen, konnte sich die oberschlesische Industrie von den Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Ende der 70er Jahre bis heute nicht erholen. Bei allen wichtigen Produkten der Montanindustrie wurden im Jahre 1987 die Produktionsziffern von 1979 noch nicht wieder erreicht. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß im Jahrzehnt zwischen 1975 und 1985 die Industriebeschäftigtenzahl der 13 Stadtgemeinden im Kern der Agglomeration (vgl. Abb. 1 auf S. 227) insgesamt um 7 Prozent zurückgegangen ist: ein bisher einmaliger Vorgang in der Entwicklung der oberschlesischen Industrie während der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Bemerkenswert sind ferner die in Tab. 7 (auf S. 243) dargestellten starken Unterschiede in den jeweiligen Städten.

Tabelle 6: Produktion ausgewählter Industrieerzeugnisse in der Wojewodschaft Kattowitz

Produktart	1975	1979	1981	1985	1987	Anteil an der Landesprod. 1987 in v. H.
Steinkohle (Mio. t)	167,8	197,1	160,4	188,6	189,4	98,1
Elektrizität (TWh)	27,1	38,3	33,4	36,5	34,8	23,8
Koks (Mio. t)	6,2	6,0	5,3	5,3	5,7	33,6
Rohstahl (Mio. t)	5,4	9,8	7,9	8,6	9,1	52,9
Walzprod. (Mio. t)	4,8	6,6	5,2	5,5	5,7	46,2
PKW in 1000	–	–	122,3	138,4	142,0	48,4

Quellen: Rocznik statystyczny województwa katowickiego 1986, S. 22f.; Rocznik statystyczny województw 1988, S. 128.

Die wichtigsten Ergebnisse des Wandels in der Beschäftigtenstruktur enthält Tab. 8. (auf S. 244) Aus der Analyse der dort zusammengefaßten Zahlen wird deutlich, daß im Kernraum des Oberschlesischen Industriegebietes die traditionellen Zweige der Montanwirtschaft – der Steinkohlenbergbau, die Brennstoffindustrie mit der Energetik und die Schwarzmetallurgie – nach wie vor nicht

Tabelle 7: Industriebeschäftigte im Zentrum des Oberschlesischen Industriegebietes

Stadt	Beschäftigtenzahl		Wachstums- index 1975 = 100
	1975	1985	
Kattowitz (Katowice)	99382	80608	81,1
Beżdzin	13476	15465	114,7
Beuthen (Bytom)	60174	51995	86,4
Königshütte (Chorzów)	37178	30187	81,2
Czeladź	5147	8094	157,2
Dombrowa (Dąbrowa Górnicza)	27426	43583	158,9
Gleiwitz (Gliwice)	56491	53525	94,3
Myslowitz (Mysłowice)	16710	17902	107,1
Ruda (Ruda Śląska)	36549	38085	104,2
Siemianowitz (Siemianowice Śl.)	19696	15696	79,7
Sosnowitz (Sosnowiec)	60852	47275	77,7
Schwientochlowitz (Świętochłowice)	19139	12382	64,7
Hindenburg (Zabrze)	42174	45184	107,1
Insgesamt	495394	459981	93,0

Quellen: M. Troc: Predposylki modifikacji przemyslnosti Werchnesilechskogo Promyslnogo Okruga [Voraussetzungen für eine Modifikation der Industrie des Oberschlesischen Industriegebietes], in: Die gegenwärtigen Funktionierungsprobleme (wie Anm. 10), S. 54.

nur die größten Beschäftigtenanteile aufweisen, sondern – was einmalig in der Welt sein dürfte – zu den Wachstumsbranchen zählen. Andererseits sind hier die modernen Industriebranchen wie Elektrotechnik, chemische Industrie und Metallverarbeitung durch sinkende Beschäftigtenanteile gekennzeichnet.

Indirekt wird durch diese Zahlen auch der Raubbau im Oberschlesischen Steinkohlenbergbau deutlich. Nach dem starken Rückgang der Fördermengen zu Beginn der 80er Jahre – die durch Streiks und Schwierigkeiten bei der Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte für den Untertagebau aufgetreten waren – wurde das kostspieligere Sandversatzverfahren durch den billigeren Sicherheitspfeilerabbau ersetzt. Somit war es zwar billiger und zeitsparender, den Produktionsrückgang zumindest teilweise auszugleichen, dieser „Raubbau“ mußte allerdings teuer bezahlt werden. Oberflächensenkungen, wie z. B. in der Innenstadt von Beuthen, führten zu erheblichen Schäden an Wohngebäuden, Industrie- und Infrastrukturanlagen, Schäden, die den Wert der abgebauten Kohle z. T. um ein Vielfaches überstiegen. Während der jüngsten Vergangenheit wurden gerade zu diesem Problemkomplex zahlreiche Artikel in Tageszeitungen und Fachzeitschriften veröffentlicht, eine Änderung der beschriebenen Praxis bewirkten sie allerdings noch nicht.

Tabelle 8: Veränderungen in der Industriebeschäftigtenstruktur der wichtigsten Städte des Oberschlesischen Industriegebietes zwischen den Jahren 1975 und 1985 in Prozent

Stadt	Jahr	Industriezweige								
		Steinkohlenbergbau	Brennstoffind. Energetik	Schwarzmetallurgie	Buntmetallurgie	Metallverarbeitung	Maschinenbau	Elektrotechnik	chemische Industrie	übrige Zweige
Kattowitz	1975	29,9	1,5	12,8	2,1	6,2	3,5	5,7	1,7	36,6
	1985	42,4	2,1	11,8	5,8	1,5	13,3	3,3	1,0	18,8
Beuthen	1975	54,1	0,8	9,1	4,5	1,9	7,5	1,0	2,6	17,0
	1985	57,9	0,9	10,3	2,6	1,1	8,1	0,2	0,8	16,2
Königshütte	1975	10,1	6,5	43,9	–	4,8	1,3	0,3	12,9	20,2
	1985	10,0	5,5	38,1	–	3,2	10,6	0,0	12,6	20,0
Hindenburg	1975	47,2	8,3	0,2	–	5,3	20,8	9,7	2,2	6,3
	1985	63,6	6,7	0,1	–	2,4	14,2	0,2	0,3	12,5
Gleiwitz	1975	21,3	7,5	11,0	2,0	4,2	24,1	2,8	9,2	17,9
	1985	28,4	6,2	9,3	1,8	2,3	29,3	1,6	6,0	15,1
Dombrowa	1975	14,7	1,3	51,9	–	3,8	14,5	1,0	3,0	9,8
	1985	10,8	4,8	43,8	–	0,5	17,1	1,2	3,6	18,2
Ruda	1975	62,6	5,0	18,1	–	0,7	2,3	0,6	0,0	10,7
	1985	69,7	3,5	12,6	–	0,8	5,8	0,0	–	7,6
Sosnowitz	1975	42,7	0,2	10,8	–	11,7	8,1	5,6	0,4	20,5
	1985	46,3	0,5	9,9	–	11,9	8,6	6,6	0,5	15,7
Oberschl. Industriegeb. insgesamt	1975	37,0	3,6	15,9	1,7	5,1	9,4	3,0	3,4	20,9
	1985	43,5	3,9	14,8	1,9	2,8	12,7	2,1	2,5	15,8

Quellen: Troc 1988 (s. Quelle zu Tab. 7), S. 52f.

5. Die Zukunftsaussichten für das Oberschlesische Industriegebiet

Ressortegoismus, unterstützt durch eine starke Industrielobby in Partei- und Staatsapparat, führte während der Gierek-Ära in den 70er Jahren zu einer starken Expansion industrieller Investitionen in der gesamten Makroregion „Süd“, darunter auch in ihrem industriellen Kernraum, dem Oberschlesischen Industriegebiet. Die gesamte polnische Volkswirtschaft und damit auch die Industriezweige in der ober-schlesischen Agglomeration zeichneten sich nach 1945 überwiegend durch extensive Formen des wirtschaftlichen Wachstums aus. Der zu Beginn der 70er Jahre angekündigte Übergang zu intensiveren Wachstumsformen durch massiven Einsatz des technischen Fortschritts und die damit verknüpften hohen Erwartungen an eine sprunghaft steigende Arbeitsproduktivität konnten in der Folgezeit leider nicht im erhofften Umfang realisiert werden.

Auch in den 70er und 80er Jahren waren Produktionssteigerungen in allen in Oberschlesien vertretenen Industriezweigen hauptsächlich durch Ausweitung der Produktionskapazitäten und damit auch durch eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl realisiert worden. Dies hatte wachsende Flächenansprüche sowohl im industriellen als auch im kommunalen (Wohnungsbau, soziale und technische Infrastruktur) Bereich zur Folge. Die Konkurrenz zwischen den Raumansprüchen von Industrie- bzw. Gewerbebetrieben einerseits und der Wohnbevölkerung andererseits verschärfte sich in der Wachstumsphase zu Beginn der 70er Jahre, als die bauliche Verdichtung in der betreffenden Region immer größer wurde. Zum limitierenden Faktor einer stärkeren revierinternen Industrieausweitung wurde – besonders seit Mitte der 70er Jahre – die Arbeitskräfteknappheit. Die empfindlichen Einbußen im Wohnungsbauprogramm gegen Ende der 70er Jahre, verknüpft mit den immer stärker wirkenden Folgen der Bergbauschäden im Revierkern, vor allem in der Altbausubstanz, verschärfen die Krise auf dem regionalen Wohnungsmarkt und wirkten folglich auch belastend auf den Arbeitsmarkt.

Vor allem der ober-schlesische Steinkohlenbergbau stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges ununterbrochen unter einem verstärkten Expansionsdruck. Der mit Abstand wichtigste Devisenlieferant des Landes wurde andererseits auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt. Die Ausnahmestellung des Steinkohlenbergbaus in der gesamten polnischen Volkswirtschaft wurde nachhaltig während der Krise Anfang der 80er Jahre deutlich, als die unter Druck geratene politische Führung den streikenden Bergarbeitern in Oberschlesien – ähnlich wie davor den Werftarbeitern in Danzig und Stettin – außer materiellen auch politische Zugeständnisse machen mußte.

In diesem Zusammenhang steht auch die Zuspitzung der Westverschuldung Polens zu Beginn der 80er Jahre, nachdem die fest eingeplanten Devisenein-

nahmen aus dem Export oberschlesischer Kohle drastisch zurückgegangen sind. Die besondere Bedeutung der oberschlesischen Kohle wird auch durch die nachhaltigen Bemühungen der Verantwortlichen um eine maximale, raubbauähnliche Abbaumethoden favorisierende Steigerung der Fördermengen Ende der 80er Jahre dokumentiert. Nicht zuletzt die ständigen Lohnerhöhungen im Steinkohlenbergbau, die auch als Anreiz zu Produktivitätssteigerungen gedacht waren, ließen die Inflationsrate in die Höhe schnellen, ohne daß die unerwünschte Entwicklung unter der politischen Verantwortung der alten PVAP mit weitreichenden wirtschaftsreformerischen Initiativen hätte wirksam bekämpft, geschweige denn gemeistert werden können.

Alle bisher für Oberschlesien vorgestellten Regionalpläne sahen im Bereich der Beschäftigung eine Ausweitung des Tertiärsektors zu Lasten des sekundären Wirtschaftssektors vor. Seit 1960, als auf die Industrie und das Bauwesen 72,6 v. H. aller Beschäftigten des vergesellschafteten Sektors in der Wojewodschaft Kattowitz in den damaligen Grenzen entfiel, hat sich zwar der Anteil verringert – über 68,6 v. H. 1971 auf 63,6 v. H. 1987 – dennoch kann bis heute nicht von einem nachhaltigen Erfolg bei den Bemühungen um eine Änderung des Erwerbsprofils im Oberschlesischen Industriegebiet gesprochen werden, vor allem dann nicht, wenn man diesen Werten Zahlen aus westlichen Ländern gegenüberstellt. Ein Vergleich mit dem alten Montanrevier „Ruhrgebiet“, in dem der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Bauwesen unter 40 v. H. liegt, läßt den weiten Weg, den Oberschlesien bei der Gesundung seiner Wirtschaftsstruktur noch zurückzulegen hat, erahnen.

Resümierend kann festgestellt werden, daß das Oberschlesische Industriegebiet im engeren Sinne, im Gegensatz zu allen alten westeuropäischen Montanrevieren, in der Gegenwart eine weitere Steigerung der monostrukturell auf die traditionellen Montanzweige Steinkohlenbergbau und eisenschaffende Industrie ausgerichteten industriellen Beschäftigtenstruktur aufweist. Diese Entwicklung ist das Resultat einer Wirtschaftspolitik, die bezüglich der industriellen Investitionsallokation vornehmlich auf die bestehenden Industrieagglomerationen zurückgegriffen hat. Dieser Politik kann zwar ein aus makroökonomischer Sicht unter dem Obligat gesamtwirtschaftlichen Wachstumszielkonformes Verhalten attestiert werden; wohin die einseitig an ökonomischen Kriterien orientierten Entscheidungen bisher führten, läßt sich andererseits am gegenwärtigen Stand der Umweltzerstörung im Oberschlesischen Industriegebiet und seinen Nachbarregionen ablesen. Da eine Änderung der bisherigen Wirtschafts- und Regionalpolitik – auch nach der Wende von 1989 – nur sehr zögernd erfolgt, sehen die Zukunftsprognosen für Oberschlesien leider nicht sehr optimistisch aus. Das gesamte Jahr 1990 war durch eine steigende Verunsicherung bei der Suche nach einer Antwort bezüglich der Frage: „Wie soll es weitergehen?“ gekennzeichnet. Die Verantwortlichen in Warschau und Kattowitz sind sich nur darüber einig, daß eine rasche Entscheidung demnächst fallen muß.

Summary

Structural Change in the Upper Silesian Industrial Area and its Outskirts

Three aspects of the development of the Upper Silesian industrial area and its outskirts are in the centre of the analysis:

- 1) motives in deciding the location of new mines resp. industrial large-scale projects after World War II;
- 2) change of the industrial structure in three parts of the "Macroregion South";
- 3) prospects for the future of the whole region, based on the very difficult economic and ecologic situation of the present time.

The question of location is differentiated due to decisions which are based on ideological motives as well as economic reasons and, besides, they are bound to the deposits of raw material. This contribution mainly deals with the results of this development, e.g. the spatial expansion of the industrial agglomeration and its negative consequences. As regards the central region of the Upper Silesian industrial district, it is an alarming fact that in the eighties the structure of industrial work has been characterized by further growth of the mining sectors (hard-coal mining, iron and steel producing industry and iron processing industry). Therefore it is not surprising that on the basis of this antiquated industrial structure the prospects for the future of this region are not in the least promising.